

II- 1450 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Juli 1971 No. 771/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. HALDER
und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend Verwirklichung der Vorschläge der Verwaltungsreform-
kommission.

Die Verwaltungsreformkommission hat in ihrem Bericht an die
Bundesregierung vom Dezember 1970, den die Bundesregierung am
23. April 1971 dem Nationalrat zugeleitet hat, folgende Vor-
schläge zur Reform der Verwaltung in ihrem Ressortbereich
erstattet:

Im Rahmen eines neuen Ministerien-
gesetzes, dessen Grundzüge durch Ent-
scheidung auf politischer Ebene festgelegt
werden müssen (siehe 5,2,2.) sollten im
Sinne einer Verwaltungskonzentrierung die verschiedenen Sparten
der auswärtigen Angelegenheiten so weit
wie möglich in die Kompetenz des Bun-
desministeriums für Auswärtige Ange-
legenheiten übertragen werden (durch das
Bundesgesetz über die Errichtung eines
Bundesministeriums für Wissenschaft und
Forschung und über die Neuordnung des
Wirkungsbereiches einiger Bundesministe-
rien, BGBl. Nr. 205/1970, wurde der An-
regung nach Zusammenfassung der aus-
wärtigen Angelegenheiten für einige Be-
reiche beim Bundesministerium für Aus-
wärtige Angelegenheiten Rechnung ge-
tragen).

„Österreichhäuser“

In einem längerfristigen Plan soll die weit-
gehende Konzentrierung der dislozierten
Auslandsstellen in „Österreichhäusern“
bewirkt werden. Diplomatische und konsu-
larische Vertretungen, Handelsdelegatio-
nen, Fremdenverkehrsstellen, AUA-Büros
u. dgl. kommen für diese Maßnahmen in
Betracht.

Neben den unmittelbaren Erleichterungen
für die Arbeitsbewältigung (sowohl für
die Beamten als auch für die vorsprechen-
den Parteien) wurde eine beträchtliche Er-
sparnis errechnet (Wegfall der teuren
Mieten).

Personelle Maßnahmen

Ausbau eines „harten Verwaltungskernes“ von länger im Innendienst verwendeten Beamten in der Zentralstelle. Dies kann entweder durch vermehrte Übernahme von Ministerialbeamten, die nicht für den diplomatischen Dienst im Ausland vorgesehen sind, geschehen oder durch jeweils längere Verpflichtung von diplomatischen Beamten auf leitenden Posten im Inland (gegebenenfalls mit Anreiz in der Beförderung).

Bei „Einberufung“ sollten die Verwendungsmöglichkeiten der Beamten besser berücksichtigt werden, um Unterbeschäftigungen zu vermeiden.

Interne Rationalisierungsmaßnahmen

Verstärkter Einsatz von Formularen, Straffung der Informationsläufe, besonders im Verkehr der Außendienststellen mit der Zentrale.

Die Bundesregierung hat laut Pressemeldungen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht in allen Belangen mit den Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission identifiziere, sondern daß sie dem Nationalrat ihre eigenen Vorschläge erstatten werde. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang folgende

A n f r a g e :

- 1) Mit welchen der vorerwähnten Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission stimmen Sie überein?
- 2) Mit welchen Vorschlägen stimmen Sie nicht überein?
- 3) Wann werden Sie dem Nationalrat konkrete Maßnahmen in jenen Belangen vorschlagen, in denen Sie mit der Verwaltungsreformkommission übereinstimmen?
- 4) Welche anderen Vorstellungen haben Sie im einzelnen zu jenen Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission, mit denen Sie nicht übereinstimmen?
- 5) Wann werden Sie solche konkrete Vorschläge dem Nationalrat vorlegen?